Wo soll das hinführen?

Korr. aus Zürich.

Dieser Tage hatten die Mitglieder der Krankenkasse abzustimmen über drei Punkte, die eine Statutenänderung bedingen. Die Wichtigkeit der Anträge liess, trotz dem geringen Interesse, das leider seit Jahren den Krankenkassenangelegenheiten entgegengebracht wird, ohne weiteres eine rege Beteiligung bei der Abstimmung erwarten. Diese Erwartung erfuhr eine gewaltige Enttäuschung: die Abstimmung verlief resultatlos!

Gemäss den Statuten ist zur Gültigkeit von der Urabstimmung unterliegenden Beschlüssen eine Zweidrittelmehrheit aller Mitglieder erforderlich. Diese Zweidrittelmehrheit wurde bei weitem nicht erreicht, da kaum die Hälfte der Mitglieder sich an der Abstimmung beteiligte. Das Resultat ist deprimierend und - beschämend.

Die Ablehnung aller drei Punkte wäre weniger deprimierend gewesen als dieses tief zu bedauernde Resultat. Man könnte es zur Not begreifen, wenn von den Mitgliedern bei der Abstimmung besondere, umständliche Handlungen verlangt worden wären. Dies war jedoch nicht der Fall, da die Verwaltungskommission den Abstimmungsapparat äusserst einfach und leicht vorbereitet hatte. Dass die Mitglieder über die Materie nicht genügend unterrichtet gewesen seien, oder dass von der Verwaltungskommission vor der Abstimmung noch extra hätte die Werbetrommel gerührt werden sollen, was unterblieben ist, weil die Anträge für sich sprachen, scheint nicht der Grund dieses auffälligen Versagens zu sein. Vielmehr scheint uns, als ob eine von einer Anzahl Mitglieder seit längerer Zeit im stillen beschlossene Obstruktion gegen alles, was mit der Krankenkasse zusammenhängt, unauffällig, aber stetig wirksam sei. Diese Auffassung wird verstärkt, wenn man vernimmt, dass selbst Gewerkschaftsfunktionäre sich an der Abstimmung nicht beteiligten. Etwas muss an der Sache sein, obwohl wir wissen, dass andere Faktoren, zum Beispiel Interesselosigkeit schlechthin oder zu wenig ernstes Auffassen solcher Fragen seitens der jüngeren Mitglieder, bei solchen Misserfolgen auch mithelfen. Wenn aber nur ein Bruchteil der Mitglieder wirklich Obstruktion treibt, ist das dann der richtige Wieg, um vermeintliche oder wirklich bestehende Übelstände in der Krankenkasse zu beseitigen? In der Krankenkasse gewiss eben so wenig wie in der Gewerkschaft! Und zum wenigsten ist zu verstehen, dass Gewerkschaftsfunktionäre, die ein solches Verhalten gegenüber der Gewerkschaft entschieden verurteilen, es hinsichtlich der Krankenkasse gelten lassen.

Man packe doch aus, wo die Mitglieder der Schuh drücken soll, man komme an die Krankenkassenversammlungen und rede frei von der Leber weg, oder benutze unser Fachorgan, dann weiss die Verwaltungskommission doch, woran sie ist. Stellt sich heraus, dass dort der Fehler steckt, nun gut, dann wählt man einfach andere. Aber nicht obstruieren auf die Art, wie es hier gemacht wird. Hier bewirkt die Obstruktion entschieden das Gegenteil von dem, was von ihr erhofft wird. Den Beweis hierfür zu erbringen, ist sehr leicht. Alle Mitglieder wissen, dass die finanziellen Verhältnisse der Kasse ungünstige sind und dass, wenn es so weiter fortgeht, die Gefahr einer Erhöhung der Beiträge nicht ohne weiteres verneint werden kann. Die Abstimmung hat nun Kosten verursacht; die Gelder sind durch den resultatlosen Verlauf rein zum Fenster hinausgeworfen.

1000 Weisungen, 1000 Couverts, 1000 Entwürfe, der Satz für die Statuten für die Pensionierten, alles das ist für die Katze. Was müssen sodann jene alten Kollegen denken, die jahrzehntelang in die Krankenkasse gezahlt und sie vielleicht nie oder nur wenig in Anspruch genommen haben, denen nun die Möglichkeit geboten gewesen wäre, in ihren alten Tagen, wo sie eine andere Kasse nicht mehr aufgenommen hätte, sich für Arzt und Medikamente zu versichern, die vielleicht mit dem Zeitpunkt des Inkrafttretens schon bestimmt gerechnet hatten und denen nun die Hoffnung auf eine sozial wohlthuende Institution zuschanden gemacht wurde? Was werden sie von ihren jüngeren Kollegen halten? Die wenigsten, die nicht gestimmt haben, haben die Konsequenzen überdacht, und diejenigen, die die Konsequenzen wussten, die - mögen über den Wert ihrer Handlungsweise selbst urteilen. Die Verwaltungskommission wird nun einen Weg finden müssen, der die Abstimmung doch noch ermöglicht. Es ist dies allerdings ziemlich schwer, da in den Statuten kein zweiter Wahlgang vorgesehen ist. Vielleicht ist einer der Obstruktionisten in der Lage, der Verwaltungskommission den richtigen Weg zu zeigen!

Strassenbahner-Zeitung, 1917.06-29.

Strassenbahner Zürich > Krankenkasse. 1917-06-29.doc-